

31.01.2012

## Antrag

der Fraktion DIE LINKE

### Schlecker Insolvenz nicht auf die Beschäftigten abwälzen

Schon seit längerem war bekannt, dass Schlecker kurz vor der Insolvenz steht. Die 47.000 Beschäftigten des Schlecker-Konzerns haben aber erst am 21. Januar aus den Medien erfahren, dass ihr Konzern Insolvenz angemeldet hat. Und auch die Insolvenz der Tochter IhrPlatz traf viele der 5.800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unvermittelt. Die ohnehin schon prekäre Lage der Beschäftigten dieses Unternehmens und seiner Tochter hat sich dadurch weiter verschlechtert. Angst und Unsicherheit prägen seit Jahren den Arbeitsalltag vieler Schlecker-Beschäftigter. Die Umwandlung vieler Filialen in XL-Märkte mit der damit verbundenen Herabstufung der regulären in Leiharbeitsverhältnisse oder der geplanten Einstellung der Beschäftigten in diesen Läden ohne Tarifbindung sowie die mutmaßliche Videoüberwachung waren nur einige Bausteine des Schlecker-Systems. Dagegen haben die Beschäftigten gemeinsam mit der Gewerkschaft ver.di im Juni 2010 einen Tarifvertrag erkämpft, der eine Absicherung der Beschäftigten bedeutete.

Die angekündigte Insolvenz soll nun dazu führen, dass ein Großteil des Filialnetzes abgestoßen werden kann und somit sollen auch Beschäftigte gekündigt werden. Zudem wird über eine Kündigung der Arbeits- und Tarifverträge öffentlich diskutiert. Bereits jetzt übernimmt die Bundesagentur für Arbeit für drei Monate die Personalkosten. Der Konzern spart dadurch mindestens 120 Millionen Euro. Es geht also vorrangig um einen Umbau der Unternehmensstruktur auf Kosten der Beschäftigten und der Bevölkerung.

Mit der eingereichten Insolvenz hat das Familienunternehmen mitgeteilt, dass es zahlungsunfähig ist. Gleichzeitig besteht aber nach wie vor ein Vermögen der Familie Schlecker. Dieses Vermögen ist in erster Linie durch die schlecht bezahlte und wenig abgesicherte Arbeit der Beschäftigten in den etwa 7.500 Schlecker- und 630 IhrPlatz-Filialen in Deutschland entstanden. Es ist nicht hinnehmbar, dass weiteres Vermögen unangetastet bleibt, aber die Beschäftigten nun weitere Verschlechterungen hinnehmen sollen und eventuell sogar der von ihnen erkämpfte Tarifvertrag wieder aufgelöst wird.

Datum des Originals: 31.01.2012/Ausgegeben: 31.01.2012

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf:

- Sich entschieden für den Erhalt aller Arbeitsplätze bei Schlecker einzusetzen
- Politischen Druck auf alle Beteiligten auszuüben, damit die bestehenden Tarifverträge nicht gekündigt werden
- Sich dafür einzusetzen, dass sich die Familie Schlecker mit ihrem gesamten Privatvermögen an der Sanierung des Konzerns beteiligen muss.

Wolfgang Zimmermann  
Bärbel Beuermann  
Özlem A. Demirel

und Fraktion